



Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 26. bis 29. Oktober 2015

Flüchtlinge: Debatte über die fortdauernde Krise mit Tusk und Juncker

Zu den Themen der Debatte am Dienstagmorgen ab 10:00 Uhr mit den Präsidenten der EU-Kommission und des Europäischen Rates Jean-Claude Juncker und Donald Tusk gehören die aktuellen Herausforderungen durch die Migration, einschließlich der Flüchtlingsströme über die Balkanroute, die Zusammenarbeit mit der Türkei und die Verhandlungen mit afrikanischen Ländern sowie die nötigen Finanzmittel, um die fortdauernde Krise zu bewältigen.

5

Pauschalreisen: Neue EU-Regeln gelten auch für Online-Buchungen

Pauschalreisende können sich bald auf einheitlichere europäische Regeln verlassen - egal, ob sie ihren Urlaub im Reisebüro buchen oder im Internet selbst zusammenstellen, wenn das Parlament am Dienstag neue Vorschriften annimmt. Der für die Verbraucher bei herkömmlichen Pauschalreisen geltende Schutz soll auf insbesondere online verkaufte Reisebausteine ausgeweitet werden. Anbieter solcher Reisen müssten ihre Kunden gut verständlich über ihre Rechte und über Preise und Zusatzkosten informieren.

6

Abschaffung der Roaming-Gebühren und Netzneutralität: Endgültige Abstimmung

Am Dienstag stimmt das Parlament endgültig über das neue Telekom-Paket ab, das die Abschaffung der Roaming-Gebühren bei der Nutzung von Mobiltelefonen im Ausland ab Juni 2017 vorsieht und klare Regeln für das Recht auf einen Internetzugang einführt.

7

GVO: Entscheidungsfreiheit bei nationalen Importverboten könnte abgelehnt werden

Der Umweltausschuss und die meisten Fraktionen empfehlen die Ablehnung des Vorschlags, der einzelnen EU-Mitgliedstaaten erlauben würde, auf ihrem Gebiet den Verkauf und die Verwendung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel – die von der EU genehmigt sind – zu verbieten oder einzuschränken. Sie befürchten, die neuen Regeln könnten schlicht nicht durchsetzbar sein und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen Pro- und Anti-GVO-Ländern zur Folge haben. Abgestimmt wird am Mittwoch.

9

Förderung von Innovationen bei neuartigen Lebensmitteln

Neue Vorschriften sollen Anreize für Innovationen bei neuartigen Lebensmitteln durch ein vereinfachtes Zulassungsverfahren schaffen. Über den bereits mit dem Rat vereinbarten Text stimmt das Plenum am Mittwoch ab. Die Abgeordneten haben die Definition von neuartigen Lebensmitteln auf solche mit modifizierter Molekularstruktur sowie auf Lebensmittel, die aus von Mikroorganismen, Pilzen oder Algen gewonnenen Zell- oder Gewebekulturen erzeugt wurden, ausgeweitet, und auch Insekten eingeschlossen.

10

VW-Abgasskandal: Abgeordnete fordern Emissionstests unter realen Fahrbedingungen

Das Parlament wird seine Position zum Volkswagen-Abgasskandal in einer Entschließung festlegen und am Dienstag darüber abstimmen. Schon lange vor den Enthüllungen über den Betrug bei dem deutschen Autohersteller haben die Abgeordneten wiederholt darauf gedrängt, dass die Untersuchung von Fahrzeugemissionen unter realen Fahrbedingungen durchgeführt werden soll, um so die Unterschiede zwischen offiziellen und wirklichen Verbrauchs- und Abgaswerten abzusuchen.

11

Luftverschmutzung: Höchstgrenzen für wichtige Luftschadstoffe

Am Mittwoch stimmt das Parlament über eine Richtlinie ab, die nationale Höchstgrenzen für sechs wichtige Luftschadstoffe festlegen würde, darunter Schwefeldioxid, Partikel und Stickstoffoxide. Ziel ist, das grenzüberschreitende Problem der Luftverunreinigung in den Griff zu bekommen, denn diese verursacht – der EU-Kommission zufolge – schätzungsweise 400.000 vorzeitige Todesfälle pro Jahr. Weiterhin sollen so die Gesamtkosten der Luftverschmutzung bis 2030 um 40 Milliarden Euro gesenkt werden.

12

Reform des EU-Wahlrechts: Spitzenkandidaten und Sperrklauseln

Der Europawahlkampf sollte mit offiziell eingesetzten EU-weiten Spitzenkandidaten für das Amt des Präsidenten der EU-Kommission ausgefochten werden, so steht es in einer „legislativen Initiative“, die am Mittwoch zur Abstimmung steht. Die jeweiligen Kandidaten sollten auch Bewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament sein und bis spätestens zwölf Wochen vor der Wahl nominiert werden, heißt es in dem Text.

13

Verpflichtung zum automatischen Informationsaustausch über Steuerabsprachen

Ein Gesetzesvorschlag der EU-Kommission würde die Mitgliedstaaten verpflichten, Informationen über vorteilhafte steuerliche Regelungen („tax rulings“) zugunsten multinationaler Konzerne zwischen nationalen Steuerbehörden und der Kommission auszutauschen. Die Debatte steht für Montag und die Abstimmung für Dienstag auf der Tagesordnung. Die Initiative der Kommission wurde durch die „Luxleaks“-Enthüllungen ausgelöst.

15

Schweizer Bankgeheimnis wird für EU-Bürger abgeschafft

Am Dienstag legt das Parlament seinen Standpunkt zu einem Abkommen mit der Schweiz fest, welches EU-Bürgern erschweren würde, Geld am Fiskus vorbei auf Schweizer Bankkonten zu deponieren. Die Debatte findet am Montag statt. Gemäß dem Abkommen werden die EU und die Schweiz ab 2018 automatisch Informationen über die Bankkonten ihrer jeweiligen Gebietsansässigen austauschen.

17

Abstimmung über EU-Haushalt 2016: Mehr Geld für Flüchtlingskrise einplanen

Am Mittwoch stimmt das Parlament über seinen Standpunkt zum EU-Haushalt 2016 ab. Die Mitglieder des Haushaltsausschusses empfehlen, alle vom Rat vorgeschlagenen Kürzungen im ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission rückgängig zu machen, und zusätzliche Ausgaben einzuplanen, etwa für Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise innerhalb und außerhalb der EU oder zur Unterstützung junger Arbeitsloser bei der Jobsuche.

18

Drohnen: Zunehmende Nutzung bringt Herausforderungen für Sicherheit

Kommerzielle Dienstleistungen, die Drohnen verwenden, nehmen zu, genauso wie die Nutzung von Drohnen zu Freizeitwecken. Deshalb muss sichergestellt werden, dass Drohnen die öffentliche Sicherheit oder die Privatsphäre nicht gefährden, fordern die Abgeordneten in einem Entschließungsentwurf, der am Donnerstag zur Debatte und zur Abstimmung steht.

20

Debatte zu wachsenden Spannungen zwischen Israel und Palästina mit Mogherini

Am Mittwoch ab 15:00 Uhr steht eine Debatte zur zunehmend angespannten Lage zwischen Israel und Palästinensern und zum festgefahrenen Friedensprozess mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini auf der Tagesordnung.

22

Elektronische Massenüberwachung: Rechte der EU-Bürger noch immer gefährdet

Bisher wurde zu wenig unternommen, um die Datenschutzrechte von EU-Bürgern infolge der Enthüllungen über elektronische Massenüberwachung zu schützen. Dies werden die Abgeordneten hervorheben, wenn sie am Mittwoch mit Rat und Kommission über das Thema diskutieren. In einem Entschließungsentwurf drängen sie die Kommission dazu, unverzüglich Alternativen zum „Safe-Harbour“-Abkommen über den Datenaustausch zwischen EU und USA vorzulegen, das der EU-Gerichtshof vor kurzem für ungültig erklärt hat.

23

Weitere Themen auf der Tagesordnung

Weitere Tagesordnungspunkte

25

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2015-10-26>

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Europarl TV](#)

[Pressekonzferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

[EP Newshub](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

COMM - PRESS

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 +32 498 98 13 45

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

COMM - PRESS

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 32

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Jens POTTARST

COMM - MEDIA SERVICES

☎ (+49) 30 22 80 12 00

☎ (+33) 3 881 64025 (STR)

📱 (+49) 151 172 57 196

✉ Presse-de@ep.europa.eu

Huberta HEINZEL

COMM - MEDIA SERVICES

☎ (+43) 1 516 17 201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

📱 (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@ep.europa.eu

Flüchtlinge: Debatte über die fortdauernde Krise mit Tusk und Juncker

Zu den Themen der Debatte am Dienstagmorgen ab 10:00 Uhr mit den Präsidenten der EU-Kommission und des Europäischen Rates Jean-Claude Juncker und Donald Tusk gehören die aktuellen Herausforderungen durch die Migration, einschließlich der Flüchtlingsströme über die Balkanroute, die Zusammenarbeit mit der Türkei und die Verhandlungen mit afrikanischen Ländern sowie die nötigen Finanzmittel, um die fortdauernde Krise zu bewältigen.

Die Aussprache befasst sich mit den Ergebnissen des EU-Gipfels vom 15. Oktober, dem von der EU-Kommission für den 25. Oktober angekündigten EU-Spitzentreffen zu den Flüchtlingsströmen auf der Balkanroute und dem Gipfeltreffen in Valletta am 11.-12. November, wo Staats- und Regierungschefs der EU und aus Afrika zusammenkommen, um gemeinsame Lösungen für die Bewältigung der Flüchtlingskrise auszuarbeiten.

Debatte: Dienstag, den 27. Oktober

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte

#refugees #Turkey @Frontex_EU #EUCO #migrationEU #WesternBalkansRoute #refugeecrisis

Weitere Informationen

[Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 15. Oktober 2015](#)

[Ankündigung des Spitzentreffens am 25. Oktober zu den Flüchtlingsströmen auf der Balkanroute](#)

[Gipfeltreffen zu Migrationsfragen in Valletta, 11-12.11.2015](#)

[Hintergrund: "EU migratory challenge: Possible responses to the refugee crisis" \(auf Englisch\)](#)

Pauschalreisen: Neue EU-Regeln gelten auch für Online-Buchungen

Pauschalreisende können sich bald auf einheitlichere europäische Regeln verlassen - egal, ob sie ihren Urlaub im Reisebüro buchen oder im Internet selbst zusammenstellen, wenn das Parlament am Dienstag neue Vorschriften annimmt. Der für die Verbraucher bei herkömmlichen Pauschalreisen geltende Schutz soll auf insbesondere online verkaufte Reisebausteine ausgeweitet werden. Anbieter solcher Reisen müssten ihre Kunden gut verständlich über ihre Rechte und über Preise und Zusatzkosten informieren.

Die neue Richtlinie, auf deren Text sich Rat und Parlament bereits geeinigt haben, erneuert die seit 1990 geltenden EU-Vorschriften zu Pauschalreisen. Seit dieser Zeit haben Billigflieger und Internet-Reiseangebote im digitalen Zeitalter die Buchungsgewohnheiten grundlegend verändert. Nach Angaben der EU-Kommission könnten durch die neuen Regeln 120 Millionen zusätzliche Verbraucher, die ihre Reisen lieber online kaufen, in den Genuss eines besseren Verbraucherschutzes kommen, der bisher nur für herkömmliche Pauschalreisen gilt.

Die Neufassung der Vorschriften erweitert die Definition des Begriffes „Pauschalreise“, so dass nun auch die meisten online gebuchten Reisebestandteile wie Flüge, Hotelangebote oder Mietwagen eingeschlossen sind, um den Urlauber im Problemfall besser zu schützen.

Debatte: Montag, den 26. Oktober

Abstimmung: Dienstag, den 27. Oktober

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in

zweiter Lesung

#PackageTravel

Weitere Informationen

[Text des Gesetzesentwurfes](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(05.05.2015, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatterin Birgit Collin-Langen \(EVP, DE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Hintergrundinformationen \(auf Englisch\)](#)

Abschaffung der Roaming-Gebühren und Netzneutralität: Endgültige Abstimmung

Am Dienstag stimmt das Parlament endgültig über das neue Telekom-Paket ab, das die Abschaffung der Roaming-Gebühren bei der Nutzung von Mobiltelefonen im Ausland ab Juni 2017 vorsieht und klare Regeln für das Recht auf einen Internetzugang einführt.

Die Roaming-Gebühren für die Nutzung von Mobiltelefonen im Ausland für Anrufe, SMS und Internetzugang werden am 15. Juni 2017 abgeschafft.

Ab dem 30. April 2016 dürfen die Roaming-Gebühren die folgenden Beträge nicht überschreiten:

- €0.05 je Minute für Gespräche
- €0.02 je SMS, oder
- €0.05 pro genutztem Megabyte bei mobiler Internetnutzung.

Gewährleistung des Zugangs zum offenen Internet

Das neue Gesetz verpflichtet die Anbieter von Internetzugangsdiensten, den gesamten Verkehr bei der Erbringung solcher Dienstleistungen gleich zu behandeln, ohne Diskriminierung, Beschränkung oder Störung, sowie unabhängig von Sender und Empfänger, den abgerufenen oder verbreiteten Inhalten, den genutzten oder bereitgestellten Anwendungen oder Diensten oder den verwendeten Endgeräten – außer zum Beispiel bei gerichtlichen Anordnungen oder zur Vorbeugung gegen Cyberangriffe.

„Schnelles“ Internet in Wirklichkeit langsam? Versprechen halten oder entschädigen

Anbieter von Internetzugangsdiensten müssen Nutzern, die kurz davorstehen, einen Vertrag fürs Fest- oder Mobilfunknetz zu unterzeichnen, eine klare und verständliche Erläuterung geben, wie hoch die wirklich zu erwartenden Download- und Upload-Geschwindigkeiten sind (im Vergleich zu den beworbenen). Bei erheblichen Abweichungen können die Nutzer beispielsweise ein Recht auf die Beendigung des Vertrags oder auf Entschädigung geltend machen.

Debatte: Dienstag, den 27. Oktober

Abstimmung: Dienstag, den 27. Oktober

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), frühzeitige Einigung in zweiter Lesung

Pressekonferenz: Dienstag, den 27. Oktober um 15:30 Uhr

#netneutrality #roaming #telecoms #singlemarket #ecommunications

Weitere Informationen

[Berichtsentwurf zum Telekom-Paket: Empfehlung für die zweite Lesung](#)

[Pressemitteilung zur Einigung mit dem Rat \(30.06.2015, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatterin Pilar del Castillo \(EVP, ES\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EuroparlTV: Interview mit Pilar del Castillo](#)

[EP-Überblick: Europäischer Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation](#)

GVO: Entscheidungsfreiheit bei nationalen Importverboten könnte abgelehnt werden

Der Umweltausschuss und die meisten Fraktionen empfehlen die Ablehnung des Vorschlags, der einzelnen EU-Mitgliedstaaten erlauben würde, auf ihrem Gebiet den Verkauf und die Verwendung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel – die von der EU genehmigt sind – zu verbieten oder einzuschränken. Sie befürchten, die neuen Regeln könnten schlicht nicht durchsetzbar sein und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen Pro- und Anti-GVO-Ländern zur Folge haben. Abgestimmt wird am Mittwoch.

Das geplante Gesetz würde den Mitgliedstaaten das gleiche Wahlrecht zugestehen, dass für den Anbau von GVO gilt und im April 2015 in Kraft getreten ist.

Debatte: Mittwoch, den 28. Oktober

Abstimmung: Mittwoch, den 28. Oktober

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung

#GMOimports #GMOs

Weitere Informationen

[Berichtsentwurf hinsichtlich der Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, die Verwendung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel in ihrem Hoheitsgebiet zu beschränken oder zu untersagen](#)

["Sechs Dinge, die Sie über GVO wissen sollten"](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(13.10.2015, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatte Giovanni La Via \(EVP, IT\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Studie: "Imports of GM food and feed – Right of Member States to opt out" \(auf Englisch\)](#)

[EP-Überblick: "Member States' possibility to 'opt out' from GM food and feed import authorisations" \(auf Englisch\)](#)

[Europäische Kommission - Pressemitteilung \(22.04.2015\)](#)

Förderung von Innovationen bei neuartigen Lebensmitteln

Neue Vorschriften sollen Anreize für Innovationen bei neuartigen Lebensmitteln durch ein vereinfachtes Zulassungsverfahren schaffen. Über den bereits mit dem Rat vereinbarten Text stimmt das Plenum am Mittwoch ab. Die Abgeordneten haben die Definition von neuartigen Lebensmitteln auf solche mit modifizierter Molekularstruktur sowie auf Lebensmittel, die aus von Mikroorganismen, Pilzen oder Algen gewonnenen Zell- oder Gewebekulturen erzeugt wurden, ausgeweitet, und auch Insekten eingeschlossen.

In den Verhandlungen mit dem Rat haben die Abgeordneten auch darauf bestanden, dass das Gesetz klare Maßnahmen zum Schutz vor Lebensmitteln von Klontieren und zur Überwachung der Verwendung von Nanomaterialien sowie die Beachtung des Vorsorgeprinzips und Beschränkungen von Tierversuchen umfassen muss.

Ein „neuartiges Lebensmittel“ ist eines, das vor dem 15. Mai 1997 in der Union nicht in nennenswertem Umfang für den menschlichen Verzehr verwendet wurde.

Debatte: Mittwoch, den 28. Oktober

Abstimmung: Mittwoch, den 28. Oktober

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

#Novelfoods

Weitere Informationen

[Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über neuartige Lebensmittel](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(25.06.2015, auf Englisch\)](#)

[Berichtersteller James Nicholson \(EKR, UK\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Studie: "Updating rules on novel foods to keep up with scientific advances" \(auf Englisch\)](#)

[EP-Studie zu neuartigen Lebensmitteln \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

VW-Abgasskandal: Abgeordnete fordern Emissionstests unter realen Fahrbedingungen

Das Parlament wird seine Position zum Volkswagen-Abgasskandal in einer EntschlieÙung festlegen und am Dienstag darüber abstimmen. Schon lange vor den Enthüllungen über den Betrug bei dem deutschen Autohersteller haben die Abgeordneten wiederholt darauf gedrängt, dass die Untersuchung von Fahrzeugemissionen unter realen Fahrbedingungen durchgeführt werden soll, um so die Unterschiede zwischen offiziellen und wirklichen Verbrauchs- und Abgaswerten abzuschaffen.

In einer Debatte mit Binnenmarktkommissarin Elzbieta Bieñkowska am 6. Oktober sagten viele Abgeordnete, dass der laufende Skandal die Glaubwürdigkeit der Automobilindustrie als Ganzes gefährdet und forderten die EU-Kommission auf, die Einführung von Testverfahren zur Messung der tatsächlichen Fahrzeugemissionen während des Fahrbetriebs zu beschleunigen.

Debatte: Dienstag, den 6. Oktober

Abstimmung: Dienstag, den 27. Oktober

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

#Volkswagen #VWgate

Weitere Informationen

[Video der Debatte \(06.10.2015\)](#)

[Debatte auf Storify \(06.10.2015, auf Deutsch\)](#)

[EP-Studie: "Beyond the VW case" \(auf Englisch\)](#)

[EP-Briefung: "Reducing CO2 emissions from transport" \(auf Englisch\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Luftverschmutzung: Höchstgrenzen für wichtige Luftschadstoffe

Am Mittwoch stimmt das Parlament über eine Richtlinie ab, die nationale Höchstgrenzen für sechs wichtige Luftschadstoffe festlegen würde, darunter Schwefeldioxid, Partikel und Stickstoffoxide. Ziel ist, das grenzüberschreitende Problem der Luftverunreinigung in den Griff zu bekommen, denn diese verursacht – der EU-Kommission zufolge – schätzungsweise 400.000 vorzeitige Todesfälle pro Jahr. Weiterhin sollen so die Gesamtkosten der Luftverschmutzung bis 2030 um 40 Milliarden Euro gesenkt werden.

In dem vom Umweltausschuss angenommenen Text verlangen die Abgeordneten, dass die geplante Richtlinie nationale Emissionshöchstmengen für Quecksilber (Hg) ab 2020 einführen soll. Die vorgeschlagenen Höchstgrenzen für Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffoxide (NO_x), flüchtige organische Verbindungen außer Methan (NMVOC), Methan (CH₄), Ammoniak (NH₃) und Feinstaub (PM_{2,5}) sollen zwischen 2020 und 2030 wirksam werden.

Debatte: Mittwoch, den 28. Oktober

Abstimmung: Mittwoch, den 28. Oktober

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung

#AirQuality

Weitere Informationen

[Vorschlag für eine Richtlinie über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(15.07.2015, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatterin Julie Girling \(EKR, UK\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Überblick: "National emission ceilings for air pollutants" \(auf Englisch\)](#)

[EP-Briefing: "Reducing CO₂ emissions from transport" \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende – Infoclip: Luftverschmutzung](#)

Reform des EU-Wahlrechts: Spitzenkandidaten und Sperrklauseln

Der Europawahlkampf sollte mit offiziell eingesetzten EU-weiten Spitzenkandidaten für das Amt des Präsidenten der EU-Kommission ausgefochten werden, so steht es in einer „legislativen Initiative“, die am Mittwoch zur Abstimmung steht. Die jeweiligen Kandidaten sollten auch Bewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament sein und bis spätestens zwölf Wochen vor der Wahl nominiert werden, heißt es in dem Text.

Die Abgeordneten schlagen in dem Text vor, eine verbindliche Sperrklausel zwischen 3 % und 5 % für die Verteilung der Sitze in Mitgliedstaaten mit nur einem Wahlkreis und in Wahlkreisen einzuführen, in denen eine Listenwahl stattfindet und es mehr als 26 Sitze gibt.

Nach den vorgeschlagenen Regeln würden alle EU-Bürger ihr Wahlrecht unter vergleichbaren Bedingungen ausüben können, auch wenn sie außerhalb der EU leben. Der Vorschlag befürwortet die Einführung der Briefwahl, der elektronischen Stimmabgabe oder der Stimmabgabe über das Internet in den EU-Ländern.

Hintergrundinformation:

Dem Parlament wird in Artikel 223 AEUV die Befugnis übertragen, die Reform seines eigenen Wahlverfahrens in die Wege zu leiten:

*„Das Europäische Parlament erstellt einen Entwurf der erforderlichen Bestimmungen für die allgemeine unmittelbare Wahl seiner Mitglieder nach einem einheitlichen Verfahren in allen Mitgliedstaaten oder im Einklang mit den allen Mitgliedstaaten gemeinsamen Grundsätzen. Der Rat erlässt die erforderlichen Bestimmungen einstimmig gemäß einem besonderen Gesetzgebungsverfahren und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, die mit der Mehrheit seiner Mitglieder erteilt wird. Diese Bestimmungen treten nach Zustimmung der Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften in Kraft.“
(Artikel 223 (1) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union)*

Debatte: Dienstag, den 27. Oktober

Abstimmung: Mittwoch, den 28. Oktober

Verfahren: Legislativer Initiativbericht

Pressekonferenz : Mittwoch, den 28. Oktober um 14:30 Uhr

#EUElections #EUCitizens

Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf über die Reform des Wahlrechts der Europäischen Union](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(28.09.2015, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatterin Danuta Hübner \(EVP, PL\)](#)

[Berichterstatter Jo Leinen \(S&D, DE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Überblick: Reform of European electoral law \(auf Englisch\)](#)

Verpflichtung zum automatischen Informationsaustausch über Steuerabsprachen

Ein Gesetzesvorschlag der EU-Kommission würde die Mitgliedstaaten verpflichten, Informationen über vorteilhafte steuerliche Regelungen („tax rulings“) zugunsten multinationaler Konzerne zwischen nationalen Steuerbehörden und der Kommission auszutauschen. Die Debatte steht für Montag und die Abstimmung für Dienstag auf der Tagesordnung. Die Initiative der Kommission wurde durch die „Luxleaks“-Enthüllungen ausgelöst.

Der Kommissionsvorschlag fand im [Wirtschafts- und Währungsausschuss am 13. Oktober nur verhaltene Zustimmung](#). Die am [6. Oktober im Rat erzielte Einigung](#), mit der der Vorschlag stark abgeschwächt wurde, beschrieben die Abgeordneten als eine „verpasste Gelegenheit“, mehr Transparenz durchzusetzen.

Der Ausschuss kritisierte insbesondere die Ausgrenzung der Kommission durch die Mitgliedstaaten, die die Informationen in keiner Weise nutzen und lediglich überprüfen darf, ob sie den Vorgaben der Richtlinie entsprechen.

Die Abgeordneten hätten es vorgezogen, dass die neuen Regeln für alle nationalen Steuervorbescheide gelten, und nicht nur für „grenzüberschreitende Steuervorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen“, so wie es die Mitgliedstaaten beschlossen hatten, weil, so die Abgeordneten, nationale Regelungen auch grenzüberschreitende Wirkungen haben.

Debatte: Montag, den 26. Oktober

Abstimmung: Dienstag, den 27. Oktober

Verfahren: Konsultationsverfahren

Pressekonferenz: Dienstag, den 27. Oktober um 15:00 Uhr

#luxleaks #TaxTransparency #taxrulings

Weitere Informationen

Berichtsentwurf über die Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung

Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss (13.10.2015, auf Englisch)

Pressemitteilung des Rates: „Grenzübergreifende Steuervorbescheide: Rat billigt Transparenzvorschriften“ (06.10.2015)

Berichterstatter Markus Ferber (EVP, DE)

Merkblatt zu den Verfahrensschritten

EP-Überblick: "Exchange of tax information" (auf Englisch)

Schweizer Bankgeheimnis wird für EU-Bürger abgeschafft

Am Dienstag legt das Parlament seinen Standpunkt zu einem Abkommen mit der Schweiz fest, welches EU-Bürgern erschweren würde, Geld am Fiskus vorbei auf Schweizer Bankkonten zu deponieren. Die Debatte findet am Montag statt. Gemäß dem Abkommen werden die EU und die Schweiz ab 2018 automatisch Informationen über die Bankkonten ihrer jeweiligen Gebietsansässigen austauschen.

Am 27. Mai 2015 haben die EU und die Schweiz ein Abkommen über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten unterzeichnet, das auf eine Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit und der Rechtsbefolgung im Steuerbereich abzielt.

Das Abkommen enthält Bestimmungen, die darauf abzielen, den Steuerpflichtigen weniger Möglichkeiten zu bieten, durch Verlagerung von Vermögenswerten oder durch Anlagen in nicht unter das Abkommen fallende Produkte einer Meldung an die Steuerbehörden zu entkommen. Die auszutauschenden Informationen beziehen sich nicht nur auf Zinserträge und Dividenden, sondern auch auf Kontostände und Einkünfte aus dem Verkauf von finanziellen Vermögenswerten.

Debatte: Montag, den 26. Oktober

Abstimmung: Dienstag, den 27. Oktober

Verfahren: Konsultationsverfahren

#TaxTransparency #taxevasion #Swissbanks

Weitere Informationen

[Berichtsentwurf zu dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz](#)

[Berichterstatter Jeppe Kofod \(S&D, DK\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Abstimmung über EU-Haushalt 2016: Mehr Geld für Flüchtlingskrise einplanen

Am Mittwoch stimmt das Parlament über seinen Standpunkt zum EU-Haushalt 2016 ab. Die Mitglieder des Haushaltsausschusses empfehlen, alle vom Rat vorgeschlagenen Kürzungen im ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission rückgängig zu machen, und zusätzliche Ausgaben einzuplanen, etwa für Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise innerhalb und außerhalb der EU oder zur Unterstützung junger Arbeitsloser bei der Jobsuche.

Sie fordern ebenfalls, den Anteil der Mittel für Forschungs- und Verkehrsprogramme wieder einzusetzen, der gestrichen wurde, um die Juncker-Investitionsinitiative („Juncker-Plan“) zu finanzieren.

Das Parlament stimmt über die Beträge ab, auf die sich die Mitglieder des Haushaltsausschusses geeinigt hatten. Demnach beträgt die Gesamthöhe der Verpflichtungsermächtigungen (d.h. Mittel, um neue Verträge abzuschließen) 157,42 Milliarden Euro und das Gesamtvolumen der Mittel für Zahlungen (d.h. Finanzmittel, um laufende Rechnungen zu bezahlen) 146,46 Milliarden Euro.

Debatte: Dienstag, den 27. Oktober

Abstimmung: Mittwoch, den 28. Oktober

Verfahren: Haushaltsverfahren

Pressekonferenz: Mittwoch, den 28. Oktober um 15:00 Uhr, mit den Berichterstattern José Manuel Fernandes (EVP, PT) und Gérard Deprez (ALDE, BE), sowie dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Jean Arthuis (ALDE, FR) (noch nicht bestätigt)

#EUBudget2016 #migrationEU #unemployment #youth #research #transport

Weitere Informationen

[Berichtsentwurf zum Standpunkt des Parlaments zum EU-Haushalt 2016](#)
[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(13.10.2015, auf Englisch\)](#)
[Haushaltsverfahren 2016: Überblick](#)
[Berichterstatter José Manuel Fernandes \(EVP, PT\)](#)
[Berichterstatter Gérard Deprez \(ALDE, BE\)](#)
[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
[EP-Überblick: "Parliament's reading of the 2016 EU budget" \(auf Englisch\)](#)

Drohnen: Zunehmende Nutzung bringt Herausforderungen für Sicherheit

Kommerzielle Dienstleistungen, die Drohnen verwenden, nehmen zu, genauso wie die Nutzung von Drohnen zu Freizeitwecken. Deshalb muss sichergestellt werden, dass Drohnen die öffentliche Sicherheit oder die Privatsphäre nicht gefährden, fordern die Abgeordneten in einem Entschließungsentwurf, der am Donnerstag zur Debatte und zur Abstimmung steht.

Im Entschließungsentwurf über die sichere Nutzung von Drohnen in der zivilen Luftfahrt fordern die Abgeordneten, dass die Branche dringend eine europa- und weltweit gültige Regulierung benötigt, um rechtzeitig Investitionsentscheidungen treffen zu können. Solche Regeln würden es zudem Herstellern von Drohnen und Anbietern von Dienstleistungen zum Beispiel im Medienbereich, in der Präzisionslandwirtschaft oder für Sicherheitsüberprüfungen und die Überwachung von Infrastruktur (Eisenbahnschienen, Staudämmen und Kraftwerken) erleichtern, ihre Erzeugnisse und Dienste in anderen EU-Ländern zu verkaufen.

Um jedoch sicherzustellen, dass Drohnen Flugverbotszonen über kritischen Infrastruktureinrichtungen (z.B. Atomkraftwerke) respektieren und anderen Luftfahrzeugen ausweichen können, und um ihre illegale Nutzung zu verhindern, sollten die Entwicklung und Verwendung von Erkennungs- und Ausweichtechnologien, „Geofencing“ und Maßnahmen gegen absichtliche Störung und gegen Entführung unterstützt werden, so die Abgeordneten im Entwurfstext. Ferner sollte bei der Entwicklung von Drohnen berücksichtigt werden, dass sie auch den Schutz der Privatsphäre und den Datenschutz gewährleisten können müssen.

Debatte: Donnerstag, den 29. Oktober

Abstimmung: Donnerstag, den 29. Oktober

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

#drones #safety #privacy

Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf über den sicheren Einsatz ferngesteuerter Flugsysteme \(RPAS\),
gemeinhin bekannt als unbemannte Luftfahrzeuge \(UAV\), im Bereich der zivilen Luftfahrt](#)
[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(16.09.2015, auf Englisch\)](#)
[Berichterstatterin Jacqueline Foster \(EKR, UK\)](#)
[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
[Berichterstatterin Jacqueline Foster über den sicheren Einsatz von Drohnen](#)

Debatte zu wachsenden Spannungen zwischen Israel und Palästina mit Mogherini

Am Mittwoch ab 15:00 Uhr steht eine Debatte zur zunehmend angespannten Lage zwischen Israelis und Palästinensern und zum festgefahrenen Friedensprozess mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini auf der Tagesordnung.

Auf Initiative der EU ist das Nahost-Quartett (EU, UNO, USA und Russland) vor kurzem am Rande der UN-Generalversammlung zusammengekommen und hat seine Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung, die die israelischen Sicherheitsbedürfnisse sowie das Streben der Palästinenser nach einem eigenen Staat und Souveränität berücksichtigt, bekräftigt.

Debatte: Mittwoch, den 28. Oktober

Verfahren: Erklärung der EU-Außenbeauftragten

#MiddleEast #Israel #Palestine #Syria #Daesh

Elektronische Massenüberwachung: Rechte der EU-Bürger noch immer gefährdet

Bisher wurde zu wenig unternommen, um die Datenschutzrechte von EU-Bürgern infolge der Enthüllungen über elektronische Massenüberwachung zu schützen. Dies werden die Abgeordneten hervorheben, wenn sie am Mittwoch mit Rat und Kommission über das Thema diskutieren. In einem Entschließungsentwurf drängen sie die Kommission dazu, unverzüglich Alternativen zum „Safe-Harbour“-Abkommen über den Datenaustausch zwischen EU und USA vorzulegen, das der EU-Gerichtshof vor kurzem für ungültig erklärt hat.

Sie äußern sich ebenfalls besorgt über die einzelstaatlichen Überwachungsgesetze in verschiedenen EU-Ländern.

Die Mitglieder des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten des Europäischen Parlaments sind „besorgt über neue Gesetze in manchen Mitgliedstaaten, mit denen die Überwachungsbefugnisse von Nachrichtendiensten ausgeweitet werden“, insbesondere in Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden. Sorgen bereiten ihnen ebenfalls die Enthüllungen der vom deutschen Auslandsnachrichtendienst BND gemeinsam mit der NSA vorgenommenen Massenüberwachung von Telekommunikation und Internetverkehr innerhalb der Union.

Hintergrundinformation

Dieser Entschließungsentwurf ist eine Bestandsaufnahme der Maßnahmen (oder des Mangels an Maßnahmen) der EU-Kommission, anderer EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten infolge der [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2014 zur elektronischen Massenüberwachung von EU-Bürgern](#).

Debatte: Mittwoch, den 28. Oktober

Abstimmung: Donnerstag, den 29. Oktober

Verfahren: Parlamentarische Anfrage an Rat und Kommission (mit Entschließung)

#surveillance #dataprotection

Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(13.10.2015\)](#)

[Anfrage zur mündlichen Beantwortung an den Rat](#)

[Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission](#)

[Erklärung von Claude Moraes \(S&D, UK\), Vorsitzender des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten und Berichterstatter für elektronische Massenüberwachung](#)

Weitere Themen auf der Tagesordnung

Weitere Tagesordnungspunkte

- „Intelligente Grenzen“, *Debatte Mittwoch*
 - Satellitengestützte Technologie zur weltweiten Flugverfolgung, *Parlamentarische Anfrage, Debatte Donnerstag*
 - Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt - *Parlamentarische Anfrage, Debatte Mittwoch*
 - Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften - *Bericht: Renato Soru, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
 - Gemeinsame Aussprache - Entlastung 2013 - *Berichte: Ryszard Czarnecki, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
 - *Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten* - *Bericht: Marietje Schaake, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
 - *Arbeitsprogramm der Kommission für 2016* - *Erklärung der Kommission, Debatte Dienstag*
 - EU-Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer - *Bericht: Ivan Jakovčić, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch,*
 - Kohäsionspolitik und Überprüfung der Strategie Europa 2020 - *Bericht: Fernando Ruas, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
 - Strategie Europa 2020: Perspektiven und Bilanz - *Erklärung der Kommission, Debatte Dienstag*
 - Lage im Südsudan - *Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission / Hohen Vertreterin der Union für Außen und Sicherheitspolitik, Debatte Mittwoch*
 - Europäische Bürgerinitiative - *Bericht: György Schöpflin, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2015 - *Bericht: Dariusz Rosati, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- EU-Agentur für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) - *Bericht: Kinga*

Gál, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag

- Gerichtshof der Europäischen Union: Anzahl der Richter am Gericht - *Empfehlung für die zweite Lesung: António Marinho e Pinto, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*

- Die Ebola-Krise: langfristige Lektionen - *Bericht: Charles Goerens, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*

- Anhörung zur Änderung der Sommerzeit in Europa, *Parlamentarische Anfrage, ohne Entschließung, Debatte Donnerstag*